18. Wahlperiode

Deutscher Bundestag
Ausschuss Digitale Agenda

Wortprotokoll
der 91. Sitzung

Ausschuss Digitale Agenda
Berlin, den 21. Juni 2017, 16:00 Uhr
11011 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Sitzungssaal: PLH E.200

Vorsitz: Jens Koeppen, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 09**

Öffentliches Fachgespräch
zum Thema "Moderner Staat - Chancen durch die Digitalisierung"

a) **Liste der Sachverständigen**

Ausschussdrucksache 18(24)SB42

b) **Fragenkatalog**

Ausschussdrucksache 18(24)SB43

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Beermann, Maik Durz, Hansjörg Jarzombek, Thomas Koeppen, Jens Nick, Dr. Andreas Schipanski, Tankred Schwarzer, Christina	Hornhues, Bettina Lange, Ulrich Schön (St. Wendel), Nadine Tauber, Dr. Peter Wanderwitz, Marco Wendt, Marian Whittaker, Kai
SPD	Esken, Saskia Flisek, Christian Klingbeil, Lars Reichenbach, Gerold Zimmermann, Dr. Jens	Bartol, Sören Dörmann, Martin Heidenblut, Dirk Stadler, Svenja Träger, Carsten
DIE LINKE.	Sitte, Dr. Petra Wawzyniak, Halina	Korte, Jan Pau, Petra
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Janecek, Dieter Notz, Dr. Konstantin von	Beck (Köln), Volker Rößner, Tabea

18. Wahlperiode

Deutscher Bundestag

Sitzung des Ausschusses Digitale Agenda (24. Ausschuss)

Mittwoch, 21. Juni 2017, 16:00 Uhr

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
CDU/CSU		**CDU/CSU**	
Beermann, Maik		Hornhues, Bettina	
Durz, Hansjörg		Lange, Ulrich	
Jarzombek, Thomas		Schön (St. Wendel), Nadine	
Koeppen, Jens		Tauber Dr., Peter	
Nick Dr., Andreas		Wanderwitz, Marco	
Schipanski, Tankred		Wendt, Marian	
Schwarzer, Christina		Whittaker, Kai	
SPD		**SPD**	
Esken, Saskia		Bartol, Sören	
Flisek, Christian		Dörmann, Martin	
Klingbeil, Lars		Heidenblut, Dirk	
Reichenbach, Gerold		Stadler, Svenja	
Zimmermann Dr., Jens		Träger, Carsten	
DIE LINKE.		**DIE LINKE.**	
Sitte Dr., Petra		Korte, Jan	
Wawzyniak, Halina		Pau, Petra	

18. Wahlperiode

Sitzung des Ausschusses Digitale Agenda (24. Ausschuss)
Mittwoch, 21. Juni 2017, 16:00 Uhr

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
BÜ90/GR		**BÜ90/GR**	
Janecek, Dieter		Beck (Köln), Volker	
Notz Dr., Konstantin von		Rößner, Tabea	

Bundesrat

Land	Name (bitte in Druckschrift)	Unterschrift	Amts-bezeich-nung
Baden-Württemberg			
Bayern			
Berlin			
Brandenburg			
Bremen			
Hamburg			
Hessen			
Mecklenburg-Vorpommern			
Niedersachsen			
Nordrhein-Westfalen			
Rheinland-Pfalz			
Saarland			
Sachsen	Kluckert	D. Kluckert	Ref.
Sachsen-Anhalt			
Schleswig-Holstein			
Thüringen	Jäger	Jäger	Ref.

Ministerium bzw. Dienststelle (bitte in Druckschrift)	**Name** (bitte in Druckschrift)	**Unterschrift**	**Amts-bezeich-nung**
ISFOL	KIOMETZIS		RO
BMI	Schwärzer		MDirig
BMI	BÜRGER, ERNST		MDirig
SAP	MENTZINIS, TASSO		
BMI	WITTSCHEN		RD'in
BMI	[illegible]		RD'in
NKR	Hannes Kühn		OR
BKAmt	Uta Gillespie		RD'in
CMA	Sarah Maier		TB

Fraktionsmitarbeiter

Name (bitte in Druckschrift)	**Fraktion**	**Unterschrift**
SCHEELE	UNION	
KAUBECK	SPD	
Piallat	Grüne	
Schürenberg	"	
LIENING	CDU/CSU	
Leopold	Grüne	

Deutscher Bundestag

Liste der Sachverständigen
Öffentliche Anhörung
am Mittwoch, 21. Juni 2017,16.00 Uhr im Saal E.200 PLH

Anwesenheitsliste Sachverständige

Name	Unterschrift
Dr. Johannes Ludewig	
Prof. Dr. Mario Martini	
Matthias Kammer	
Walter Palmetshofer	
Prof. Dr. Ines Mergel	

Tagesordnungspunkt 1

Öffentliches Fachgespräch
zum Thema "Moderner Staat - Chancen durch die Digitalisierung"

Der **Vorsitzende**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, liebe Zuschauer, ich begrüße Sie herzlich zu der 91. Sitzung des Ausschusses Digitale Agenda, heute mit einem öffentlichen Fachgespräch zum Thema „Moderner Staat - Chancen durch die Digitalisierung". Es ist unser letztes Fachgespräch in dieser Legislaturperiode in diesem Ausschuss. Wir haben insgesamt 22 öffentliche Anhörungen mit über 100 externen Experten durchgeführt und darüber hinaus noch verschiedene Fachgespräche geführt. Damit halten wir wahrscheinlich den Rekord aller Ausschüsse im Deutschen Bundestag. Das ist eine gute Leistung. Es ist auch wichtig, dass man sich Sachverstand einholt, gerade bei diesem wichtigen Thema der Digitalen Agenda und der Digitalisierung. Das Thema heute liegt uns auch besonders am Herzen, weil es dort natürlich auch noch Nachholbedarf gibt. Da sind wir uns alle sicher. Deswegen haben wir das Thema kurz vor dem Ende der Legislaturperiode nochmal auf die Agenda gehoben.

Wir haben im Zuge der Digitalisierung gesagt, dass es wichtig ist, dass auch Staat und Verwaltung ihre Aufgabenwahrnehmung modernisieren und die Chancen der Digitalisierung nutzen. Wir werden heute die Frage stellen, wie wir kurz und mittelfristig die Auswirkung der Digitalisierung auf Verwaltung, auch im Verhältnis Staat und Bürger, verbessern und nutzen können. Wir werden die Sachverständigen fragen, was aus ihrer Sicht wichtig und möglich ist, was der Bund und die Länder machen müssen, um die Bürokratieerleichterung für die Bürger zu verbessern. Dazu haben wir uns Sachverständige eingeladen, die ich sehr herzlich begrüße. Wir haben auch einen Livestream geschaltet, der jetzt läuft. Ich begrüße auch alle, die den Livestream verfolgen.

Ich begrüße sehr herzlich unsere fünf Sachverständigen: Dr. Johannes Ludewig, Vorsitzender des Nationalen Normenkontrollrates, der schon mehrfach bei uns im Ausschuss war. Ich begrüße Professor Dr. Mario Martini, Leiter des Programmbereichs „Transformation des Staates in Zeiten der Digitalisierung" am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung. Ich begrüße außerdem Matthias Kammer, Direktor des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet. Ich begrüße Walter Palmetshofer, Open Knowledge Foundation Deutschland und Professor Dr. Ines Mergel, Universität Konstanz, Fachbereich Politik und Verwaltungswissenschaften. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen.

Bevor wir die Debatte eröffnen noch ein Wort zum Verfahren. Wir haben in der Obleuterunde vereinbart, dass wir die Sitzung möglicherweise etwas früher abbrechen müssen. Das kommt darauf an, wie das Plenum fertig wird. Wir haben planmäßig gegen 17:30 Uhr eine namentliche Abstimmung. Die Sitzung zu unterbrechen und dann nach einer halben Stunde hier wieder weiterzuführen, bringt den ganzen Ablauf, auch für Sie, die Sachverständigen, durcheinander. Deswegen haben wir uns vorgenommen, nach eineinhalb Stunden diese Anhörung zu beenden. Das bedeutet, dass wir diszipliniert durch die Anhörung gehen, um genügend Input zu bekommen.

Die Sachverständigen erhalten zu Anfang die Möglichkeit, ein fünfminütiges Statement zu halten. Danach sind die Obleute an der Reihe mit jeweils drei Minuten in der Fraktionsreihenfolge, wobei die Abgeordneten sagen, an welchen Sachverständigen sie die Frage richten. Die Fragen werden gesammelt und die Sachverständigen antworten en bloc. Danach haben wir eine offene Diskussionsrunde nach Eingang der Wortmeldungen zu jeweils drei Minuten und die Sachverständigen haben dann die Möglichkeit innerhalb von drei Minuten zu antworten. Ich bitte, dazu die Mikrofone einzuschalten und danach wieder zu schließen, damit es keine Rückkopplung gibt.

Ich beginne mit den Statements der Sachverständigen und gebe als erstes das Wort an Dr. Ludewig vom Nationalen Normenkontrollrat. Sie haben das Wort, bitte schön.

SV **Dr. Johannes Ludewig:** Vielen Dank Herr Vorsitzender. Es passt für mich sehr gut, ich komme gerade vom Zukunftskongress „Staat und Verwaltung", wo wir fast zwei Tage über genau diese Fragen diskutiert haben. Es war sehr schön. Der Bundesminister de Maizière hat sozusagen den Stand der Dinge in Deutschland diskutiert. Einige Stunden später hatten wir den CIO (Chief Information Officer) von Singapur, der gezeigt hat, wo wir eigentlich hin wollen. Das war schon ein spannender Vergleich innerhalb von wenigen Stunden. Insofern passt das hier heute wunderbar. Nochmals vielen Dank für die Einladung und dass Sie hier nochmal darüber sprechen wollen und wir auch hier einen Input leisten können. Natürlich guckt man am Ende einer Legislaturperiode immer zurück, wie ist es gelaufen. Daraus ergeben sich Aspekte für die nächste Legislaturperiode.

Wenn man zurückguckt auf die 17. Legislaturperiode, ich erinnere an das E-Government-Gesetz, sind wir auch mit gewissen Hoffnungen in diese Legislaturperiode gestartet. Ich erinnere nochmal daran, dass im Koalitionsvertrag unter anderem formuliert wurde, die wichtigsten einhundert Verwaltungsleistungen deutschlandweit online anzubieten. Wenn wir ehrlich sind, stellen wir fest, dass daraus nicht so wahnsinnig viel geworden ist, trotz aller möglichen politischen Initiativen. Den Durchbruch, auf den wir alle gehofft haben, hat es in dieser Form nicht gegeben. Es gibt sicher viele Ursachen. Einer ist, dass an den zugrundeliegenden Entscheidungs-, Steuerungs- und Finanzierungsstrukturen nichts Wesentliches geändert wurde. Erfreulich ist allerdings demgegenüber, dass am Ende der Legislaturperiode dann doch „der Groschen gefallen ist". Nach vielen Diskussionen haben, dann alle verstanden, oder jedenfalls besser als früher, dass wir hier nicht über ein Seitenthema reden, sondern über eine strategische Frage für den Standort Deutschland, und dass hier doch ein deutlicher Handlungsbedarf entstanden ist. Daraus sind dann doch Initiativen geworden, die Sie besser kennen als ich, die Grundgesetzänderung, Online-Zugang, Portalverbund, Digitalisierung usw. Da gilt natürlich jetzt, diese Chance zu nutzen, damit in den nächsten vier Jahren - wie man so schön sagen könnte - mehr PS auf die Straße gebracht werden kann. Denn, dass das dringend nötig ist, zeigt sich, wenn Sie sich mal die internationalen Rankings, die ich hier nicht wiederholen will, ansehen. Da findet man Deutschland auf einem Platz, auf dem wir uns normalerweise nicht wiederfinden wollen, nämlich eher im hinteren Mittelfeld, um es freundlich auszudrücken.

Was würden wir, vom Normenkotrollrat, für die kommende Legislaturperiode mit auf den Weg geben? Ich glaube, das Erfreuliche ist, dass es mit dem Online-Zugangsgesetz jetzt einen anderen, besseren, rechtlichen Rahmen gibt. Jetzt geht es darum, wie innerhalb dieses Rahmens, in dem der Bund eine größere Verantwortung übernommen hat, eine Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern, die wir unbedingt brauchen, aussieht. Der Bund kann das weiterhin nicht einfach aufoktroyieren im IT-Planungsrat. Hier muss man sehen, wie wir zu einer wirklich fruchtbaren und vertrauensvollen Zusammenarbeit kommen. Das erscheint mir außerordentlich wichtig. Ich war mal Beauftragter der Bundesregierung für den Aufbau Ost, wie Sie wissen. Ich habe das sieben Jahre lang gemacht. Da wissen Sie, bei unseren Ressorts mit all ihren Ressortprinzipien und dann noch die Länder, die betroffen sind, wie schwer es aber immer noch möglich ist, eine vertrauensbildende Art der Zusammenarbeit zu etablieren. Sie ist aus unserer Sicht die Grundlage, dass jetzt wirklich etwas passiert. Keiner kann hier dem anderen etwas aufoktroyieren oder ihn über den Tisch ziehen. Das Zweite ist, wir brauchen Geld, das weiß jeder, der mit IT zu tun hat. Da stehen Investitionen am Anfang. Wir brauchen ein sogenanntes Digitalisierungsbudget, das hier von Bund

und Ländern auf die Beine gestellt werden muss. Nicht, dass wir wieder so eine Hängepartie haben, dass wir wichtige Projekte gemeinsam definieren und anschließend wieder Jahre brauchen, weil wir nicht wissen, ob und wie sie finanziert werden können. Dann haben wir eigentlich schon wieder eine Legislaturperiode verloren.

Das sind wichtige Punkte und der Normenkontrollrat seinerseits hat sich als weiteren Beitrag die Modernisierung der Register vorgenommen. Wir haben dazu ein Gutachten vergeben, das Anfang Oktober, also rechtzeitig für die Koalitionsverhandlungen, vorliegen soll, damit auch hier auf diesem wichtigen Gebiet der Digitalisierung entsprechend ein Input geleistet werden kann, soweit es mit unserem Verhältnissen möglich ist.

Der **Vorsitzende**: Herr Prof. Martini, Sie haben das Wort, bitte schön.

SV **Prof. Dr. Mario Martini:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, es ist mir eine Freude und Ehre, den Sachverstand des Programmbereichs Digitalisierung am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung in das Fachgespräch einbringen zu können. Böse Zungen attestieren den deutschen Behörden einen analogen Tiefschlaf. Auf die Frage, was denn ein Findelkind mit den Leistungen der Behörde gemeinsam hat, würden viele Bürger wahrscheinlich antworten „Nichts!". Denn in der Verwaltung wird nichts mit Lust und Liebe gemacht, und wenn, dann hat es weder Hand noch Fuß, was da rauskommt, und binnen neun Monaten wird schon gar nichts fertig. Allen Vorurteilen zum Trotz, die deutsche Verwaltung ist besser als ihr Ruf. Das digitale Leistungsportfolio, das sie anbietet, ist in den Kinderschuhen, aber noch nicht erwachsen. Die große Koalition hat aber wichtige Weichenstellungen auf den Weg dahin vorgenommen und die Chance, vollautomatisierte Verwaltungsverfahren durchzuführen, gesetzlich verankert. Die eID, den elektronischen Personalausweises, als den Schlüssel zur digitalen Welt standardmäßig freigeschaltet und Dank der Kompetenznorm des Artikels 91c GG (Grundgesetz), den Dr. Ludewig erwähnte, wird der Zugang zu allen Verwaltungsleistungen von Bund und Ländern übergreifend möglich werden. Denn es war gerade die digitale Zersplitterung in der Vergangenheit, die den Geburtskanal für das deutsche E-Government behindert hat. So kann man sagen, das Kind kommt aus dem Kreissaal heraus, aber mit der Geburtshilfe wird es nicht getan sein. Es sind einige Ziele, die auf die nächste Legislaturperiode zukommen werden. Ein paar Ziele will ich formulieren: Zunächst braucht dieser Portalverbund einen organisatorischen Unterbau, eine verstätigte Verwaltungseinheit, die das Portal mit Leben füllt und Standards setzt; Wiedererkennungseffekte und Benutzerführung sollten dieses Portal kennzeichnen mit all dem, was wir schon aus der eCommerce-Welt kennen. Dialogbasierte Assistenzsysteme, also Chat Bots und Video Tutorials, sollten dieses Leistungsportfolio durchaus auch arrondieren. Statt dem Bürger Formularanträge ein zweites Mal abzuringen, sollte die Verwaltung vorrangig auf vorhandene Verwaltungsdaten zurückgreifen, also „Once Only" umsetzen. In bestimmten Bereichen ist auch eine Leistungsgewährung, unabhängig von einem Antrag möglich, wie etwa beim Kindergeld. Da könnte man Bürgern manche Mühe sparen.

Vertrauen wird dieses Portal bei Bürgern aber nur dann erreichen, wenn es höchste Transparenz über die Datenverwendung herstellt. Es braucht ein Daten-Cockpit, das nachvollziehbar macht, welche Behörde, wann und zu welchem Zweck auf die eigenen Daten zugegriffen hat. Damit der Bürger das Angebot dieses Portals auch wirklich nutzt, ist aus meiner Sicht ein offen kommuniziertes Nudging nötig. Also ein kleiner Schubs, der dem Bürger die richtige Richtung durch die Privilegierung digitaler Kanäle gegenüber analogen Wegen, vermittelt. Das wäre denkbar durch Gebührennachlässe, beschleunigte Bearbeitung etc. Einen Wachstumsschub sollte das E-Government für Unternehmen erfahren. Gleiches gilt auch für

mobile Verwaltungsleistungen. Eine Handy-Signatur wäre ein wichtiger Schritt in die Richtung.

Das nächste Baby der digitalen Entwicklung könnte die Blockchain-Technologie mit ihrem disruptiven Charakter, insbesondere für die öffentliche Verwaltung, werden. Als Protokoll des Vertrauens kann sie gerade beim Identitätsmanagement oder bei der Registerführung wertvolle Dienste leisten. Um ihr Potenzial fruchtbarer zu machen, sollte die Verwaltung aber auch digitalen Bewegungsspielraum durch gesetzliche Experimentierklauseln erhalten. In der digitalen Welt ist die Verwaltung auch eine digitale Brutstätte, die Anreize für neue Geschäftsmodelle setzt und die als Trust-Center agieren kann, damit auch private eCommerce-Leistungen möglich werden. Etwa im Bereich des E-Payment, ist das gut vorstellbar. Offene Verwaltungsdaten können eine Wiege der Wertschöpfung sein und die sollte man auch entsprechend weiden. Entwicklerwettbewerbe könnten den Schatz der Kreativität, der in der Bevölkerung schlummert und auch das Freiwilligenpotenzial zum Wohl des Gemeinwohls heben.

Deutschland hat das Baby E-Government erfolgreich auf die Welt gebracht. Die föderale Großfamilie sollte es hegen und pflegen und sollte es insbesondere nicht als Findelkind verwaisen lassen, für das sich niemand so recht zuständig fühlt, sondern es mit diesen Vorschlägen zum europäischen Musterschüler aufsteigen lassen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank Herr Prof. Martini und Herr Kammer hat jetzt für das Eingangsstatement das Wort, bitte schön.

SV **Matthias Kammer:** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, auch von mir herzlichen Dank für die Einladung. Eine der ersten Fragen habe ich den Wunsch nach Erfolgsmeldungen entnommen, die wir hier bearbeiten sollten. Die gibt's auch, aber alles in allem, auch am Ende dieser Legislaturperiode, muss ich sagen, es gibt generell keinen Anlass für Zufriedenheit, wenn wir über den Staat reden.

Ich will zunächst generell zur Aufstellung von Digitalisierungspolitik etwas sagen. Gut finde ich, dass auf Bundesebene, so mein Eindruck, sich in der ablaufenden Legislaturperiode gegenüber vorher, die politische Aufmerksamkeit für Digitalisierung insgesamt strukturell etabliert hat. Das kann man an diesem Ausschuss sehen und an der Tatsache, dass es in der Regierung Verantwortlichkeiten für das Thema gibt, wie auch immer sie sortiert sind. Aber immerhin, es ist etabliert. Das ist ein guter Absprungpunkt für die nächste Runde. Deutlich wird, dass das Thema quer über alles, noch ganz anders, als die herkömmlichen Querschnittsthemen Personal, Geld und was man dazu ordnet, von Bedeutung ist. Das geht voll in alle Fachbereiche. Darum ist es auch nicht leicht, das zu organisieren. Dafür habe ich schon Verständnis. Aber man muss das auch richtig annehmen und sich damit auseinandersetzen. Gut finde ich, dass dieses Thema, die politische Programmatik dahinter, auch einen Begriff gefunden hat. Allendhalben ist die Rede von einer Digitalen Agenda auf allen Ebenen. Das findet man mittlerweile auch in den Kommunen. Alle geben sich eine Digitale Agenda. Das ist erstmal ein guter Fixpunkt. Ob das nun hier und da als politische Prosa kritisiert wird oder als abzuarbeitende Wäscheliste qualifiziert wurde, das ist egal. Diese Digitale Agenda ist ein richtiger wichtiger Bündelungspunkt für alle Ressorts.

Ich wünsche mir für die nächste Legislaturperiode ein deutliches Interesse daran, ihre Umsetzung wesentlich stringenter zu steuern. Da wird man dann darüber zu reden haben, wie das zu organisieren ist. Aber da ist auf jeden Fall etwas zu tun!

Nun zum Staat: Selber bin ich seit 1984 im öffentlichen Sektor mit IT unterwegs und nur die letzten Jahre nicht mehr. Richtig ist, bei IT und öffentlicher Verwaltung ist Geschwindigkeit nicht alles.

Es gibt auch noch andere Maßstäbe, an die man dabei denken muss. Ich glaube auch, dass auf Dauer überlegt werden soll, ob E-Government noch der richtige Begriff ist. Ob er eigentlich noch irgendwas fokussiert. Denn in der Vergangenheit wurde das oft auch als ein Fachanbau für Experten wahrgenommen, wo sich die „normalen" Menschen nicht verantwortlich fühlten. Digitalisierung geht so quer durch, dass es eigentlich nichts mehr sagt, wenn wir von E-Government reden. Aber, wenn man sich dann die Frage stellt „Wo sind wir eigentlich, wo stehen wir?", kann man zumindest auf der Bundesebene nun wirklich nicht sagen, dass wir in den letzten Jahren sehr weit vorangekommen wären. Ich finde, gerade die letzten zehn Jahre sind gegenüber den Etappen vorher, durchaus von einer Geschwindigkeit geprägt, die vielleicht den Etappen der zehn Jahre davor entsprechen würden. Nur die digitale Entwicklung insgesamt ist viel schnelllebiger geworden. Das passt einfach nicht zusammen.

Was könnten dafür die Gründe sein? Digitalisierung durchdringt alle Lebensbereiche. Der Staat arbeitet aber wie ein geschlossenes System an sich selbst. Man kann nun nicht so richtig feststellen, dass er auch strukturell Verbindungen mit der Wirtschaft, NGOs und anderen Teilen der Zivilgesellschaft suchen würde, um hier ein anderes Verständnis von Netzwerk hinzubekommen. Vielleicht auch mit einer neuen Arbeitsteilung. Es findet viel zu wenig Denken aus Nutzersicht statt. Es wird immer viel mehr darüber nachgedacht, was findet man für die eigene Effizienz gut. Aber was eigentlich die „Kundschaft" will fehlt. Im deutschen Staatsaufbau, denke ich, kommt auch nichts voran, was Digitalisierung angeht, durch Kommando, sondern nur durch entschlossene Kooperationen, wo wie wir da unterwegs sind. Das ist allerdings etwas sehr Anstrengendes. Das kriegt man nicht umsonst. Das muss man wollen und nicht gleich aufgeben. Der letzte Punkt: Ich glaube nach wie vor, Digitalisierung des Staates ist nach wie vor kein unterscheidendes Thema an der Wahlurne. No business case for re-election! Insofern hat es die Aufmerksamkeit, die es hat. Vielen Dank!

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Kammer und Herr Palmertshofer, bitte Ihr Eingangsstatement.

SV **Walter Palmetshofer**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, auch meinerseits und seitens der Open Knowledge Foundation vielen Dank für die Einladung und dass wir uns bei diesem Diskurs einbringen können. Ich möchte in den Raum stellen: Was wäre der moderne Staat oder was könnte der moderne Staat sein und was sollte er können? Ich möchte langfristiges Potenzial aufzeigen bzw. die Vorstellung, was ein moderner Staat in der Zukunft sein könnte. Wie könnte dieser moderne Staat aussehen?

Aus unserer Sicht sollte der moderne Staat maschinenlesbar sein. Wieso? Um die Reibungsverluste abzubauen, sowohl intern in der Verwaltung als auch extern für die Bürger. Der moderne Staat ist eine digitale Plattform. Das heißt, die Nachvollziehbarkeit des staatlichen Handelns ist für die Bürger gegeben, messbar an der Bedienerfreundlichkeit seines Services mit Wahrung des Datenschutzes. Diesen Spagat gilt es zu meistern: Transparenz, Anwendungsfreundlichkeit unter Wahrung des Datenschutzes. Weitestgehend geht es auch darum, das Vertrauen der Bürger im Staat zu stärken, Fake-News-Hysterie abzubauen und die gesellschaftliche Beteiligung zu erleichtern. Wie kommen wir dahin? Dazu bedarf es erstens das Zusammenspiel der drei Säulen Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Verwaltung. Es bedarf einer Transformation, sowohl technisch, kulturell als auch politisch. Hierfür bedarf es Räume, die dies ermöglichen bzw. Bereiche, wo es möglich ist zu experimentieren. Diese sollten genutzt werden.

Eine Möglichkeit ist, sich Erfolgsberichte aus anderen Ländern anzuschauen, zum Beispiel GDS

(Government Digital Service) in UK oder 18F (Digital Services Agency) in USA. Ein wichtiger Schritt ist, die Leute mit digitaler Basiskompetenz in die Verwaltung zu integrieren. Die digitale Basiskompetenz erfordert Bildung. Das betrifft nicht nur die Verwaltung an sich sondern das ganze Land. Sie wollen in einem modernen Staat auch moderne Mitarbeiter haben? Sie wollen, dass die Talente in die Verwaltung gehen? Dafür bedarf es einer neuen Kultur. Als Beispiel können Sie vielleicht die Deutsche Bahn nehmen, ein ähnlich großer Tanker. Mittlerweile gibt es dort vereinzelt innovative Spielwiesen.

Sie werden keinen modernen digitalen Staat ohne moderne digitale Bürger, die sich ernsthaft demokratisch an einem solchen Staat beteiligen wollen, haben. Sie brauchen auch moderne Bürger, die den Umgang mit digitalen Tools und deren Wirkungsweisen verstehen. Der moderne Staat verfügt auch über die notwendigen Rückflusskanäle, Feedback Loops, welche die Kommunikation und die Beteiligung der Bürger handhaben können.

Es gibt bereits einige Initiativen im Ansatz, wie Open Government Partnership. Mitte, Ende Juni 2017 kommt der erste, nationale Aktionsplan. EITI (Extractive Industry Transparency Iniatives), die bringen die erste Version eines öffentlichen Handelsregisters; OParl, Standardisierung des offenen Zugriffs auf parlamentarische Informationssysteme. Diese und ähnliche Projekte gilt es voranzutreiben. Als Analogie dazu sehen Sie bitte einen Schiffscontainer. Bei Anwendungen, wie Mängelmelder oder Verkehrsauskunfts-Apps. Wo Sie früher die Säcke einzeln per Handarbeit verladen haben, quasi Datenschaufeln, werden in Rotterdam heute die Container vollautomatisch verladen. Das ist Skalierbarkeit. Das bedingt Datenstandardisierung. Eine App bzw. eine Anwendung wird einmal für eine Stadt erstellt oder für eine Verkehrsauskunft, die Adaption für eine weitere ist dann relativ einfach, solange die Staaten standardisiert sind.

Des Weiteren hat ein solch moderner Staat eine offene transparente Datenkette. Dies bedeutet, es ist unter Wahrung der persönlichen Daten nachvollziehbar, wie, wann, wo, was, warum erfolgt. Dazu bedarf es eines effektiven Open-Data-Gesetzes, gleichwertig auf allen Länderebenen umgesetzt, was wiederum die Einführung von Informationsfreiheitsgesetzen voraussetzt. Offene Daten sind wichtig, offene Türen und Zusammenarbeit sind wichtiger. Bei der Übertragung des Internets auf den Staat und die Verwaltung ist auf der einen Seite die Rede von der Versionsnummer 4.0, auf der anderen Seite die Versionsnummer 0.4. Oder anders ausgedrückt: Mehr als zehn Jahre Unterschied. Somit hat die Digitalisierung und E-Government gewaltiges Aufholpotenzial. Die Frage ist jetzt: Wo ist die Koordinationsstelle? Wer koordiniert in Deutschland das Neuland? Und wenn das selbstverständlich alle Ressorts betrifft, wo ist der aktuelle digitale Verwaltungspulsgeber in Deutschland mit dem nötigen Einfluss dafür und wer erhöht die Schlagzahl?

Wer „moderner Staat - Chancen durch Digitalisierung" sagt, der muss auch offene Standards, offene Software, Netzneutralität und Infrastruktur, Thema Breitbandausbau sagen. Ohne diese Aspekte ist ein moderner Staat eben nicht möglich. Dies gilt auch als Standardperspektive für industriepolitische Unabhängigkeit von großen IT-Firmen. Weiter gilt es die Angst vor der Digitalisierung zu nehmen, um permanent Stellung bei Digitalisierungsbremsen, wie das Netzdurchsetzungsgesetz, Leistungsschutzrecht und Störerhaftung, zu beziehen.

Zum Abschluss einen Apell und Dank an die anwesenden Parlamentarier, deren Herz für Digitalisierung und Transparenz brennt. Wir brauchen euch kleine Schar dringendst! Ein moderner Staat schafft mit modernen Bürgern die Digitalisierung. Ein moderner Staat schafft quasi eine digitale Agora. Dies ist eine politische Frage, keine technische Frage. Die technische Frage ist relativ einfach

zu lösen. Die Alternativen sieht man gerade woanders. Wenn wir von einem modernen Staat sprechen, sprechen wir auch von Vertrauen. Die Veränderungen gehen rasant, der Digitalisierungsdruck steigt. So schließe ich mit Peter Kruse: „Und bist du nicht willig, so brauch ich Geduld".

SVe **Prof. Dr. Ines Mergel**: Vielen Dank für die Einladung. Mein Name ist Ines Mergel. Ich bin seit letztem Semester Professorin für Public Administration an der Uni Konstanz und nach 14 Jahren in den USA nach Deutschland zurückgekehrt. Zuvor habe ich acht Jahre lang in der Obama-Administration vor allem mit dem Weißen Haus zusammen über die Technologieinnovationen, die vom Campaign Trail (Wahlkampftour) in die Verwaltung hereingebracht wurde, geforscht. Ich bleibe jetzt bei der internationalen Forschung, weil ich das nicht 1:1 nach Deutschland übertragen kann bei dem derzeitigen Stand. In Konstanz lehre und forsche ich zu digitaler Transformation in der öffentlichen Verwaltung. Für mich bedeutet „digitale Transformation", dass wir Verwaltungsprozesse im Sinne der Bürger und für deren Nutzen transformieren und zwar nicht aus der internen Logik der Verwaltung heraus und ohne dass diese von Juristen definiert wurde. Wir sehen oft, dass nur 19 Prozent der tatsächlichen Verwaltungsleitungen, die online sind, auch von Bürgern genutzt werden. Das ist für mich ein ganz klares Zeichen, dass die Verwaltungsdienstleistungen niemals im Sinne der Bürger gestaltet wurden, so dass sie das auch tatsächlich nutzen können.

Zu meinen Forschungsprojekten gehört in diesem Zusammenhang einmal die Forschung zu digitalen Service Teams, ähnlich wie die Digital Agentur, die derzeit angedacht wird. Ich habe dazu geforscht in Estland, Dänemark - England ist als nächstes auf dem Plan - Neuseeland und Australien. Die anderen Themen sind Open Innovation, Open Collaboration, wie Verwaltungsebenen dann auch miteinander und mit den Bürgern zusammenarbeiten und Innovation in die Verwaltung bringen können. Das allerneueste Thema ist Big Data und Data Science in der öffentlichen Verwaltung, wo es darum geht, dass man alle unterschiedlichen Arten von Datensätzen, sowohl die von den Bürgern generierten als auch das, was an Transaktion in der Verwaltung passiert und mit den Bürgern zusammenbringt, analysiert und in Real Time (Echtzeit) auswertet. Und dann mit Hilfe von Predictive Analytics (vorausschauende Analytik) zurückspiegelt an die Verwaltung, um bessere Entscheidungen treffen zu können.

Auf Grundlage von diesen Forschungsprojekten habe ich auch die Fragen des Ausschusses beantwortet, nicht im Sinne der Gesetzgebung, weil ich keine Verwaltungsjuristin bin. Dadurch kann ich zu den Gesetzen sehr wenig sagen. Was ist aus meiner Sicht notwendig, um tatsächlich digitale Transformation zu schaffen in Deutschland? Als ersten Schritt - soweit ich verstanden habe - ist der politische Wille über alle Parteigrenzen hinweg da, aber der administrative Wille durch den Föderalismus ist fehlt. Jedes Mal, wenn ich mit Praktikern, Dienstleistern, mit Implementierern, mit Verwaltungswissenschaftlern spreche, kommt sofort der Hammer „im Föderalismus können wir das nicht tun!" Was denke ich aus der Forschung, was ist möglich und was kann man tun? Einmal, dass E-Government und Cybersecurity-Strategien genauso wirkungsvoll und machtvoll als nationale Priorität angesehen werden sollten, wie wir das auch mit nationaler Sicherheit machen. Wir lassen nicht den Schützenverein oder eine Bürgermiliz die Polizeiarbeit übernehmen. Genau aus dem gleichen Sichtwinkel würde ich auch die E-Government oder die digitale Transformation angehen, dass es eine nationale Priorität sein soll, ähnlich wie nationale Sicherheit, etwas, was alle angeht. Wichtig ist aus meiner Sicht, dass man von anderen Ländern lernt, wie eine Digitalagentur, zum Beispiel nach dem Vorbild der USA oder Dänemark, einzurichten ist und wie die aufgestellt sein soll. So, dass die Mitarbeiter, die in dieser Digitalagentur sind, nicht nur Gesetze umsetzen, sondern die Möglichkeit haben, frei zu experi-

mentieren. Das braucht unglaublich viel Top Cover, das ist ein militärischer Ausdruck, aber es braucht diesen politischen Willen, damit diejenigen auch die Freiheit haben zu sagen, „ok, wir müssen es ausprobieren in diesem rechtssicheren Raum für einen Moment". Dann schauen wir, was brauchen wir für Gesetze, anstatt erst das Gesetz zu bringen und dann zu versuchen, den Verwaltungsakt irgendwie anzupassen.

Finanzielle Freiheiten wurden eben schon angesprochen, das sehe ich genauso. Ich würde aber auch sagen, dass man die Finanzen im Zusammenhang mit den Inhalten stellen muss. Ich würde auch sagen, dass eine Digitalagentur ganz eng verbunden sein muss mit dem, was Herr Ludewig macht, mit dem Normenkontrollrat, dass es eine Entbürokratisierung in jedem Digitalisierungsschritt geben muss, dass wir von 18 Seiten Online-Formularen - wenn sie überhaupt online sind - zu nur einer Seite kommen und dass wir eher wie Google handeln und „Suche" unterstützen und „Finden" unterstützen, als dass wir ein Portal aufstellen, dass lokale Bürger überhaupt nicht nutzen. Bürger gucken nach dem lokalen Dienstleister und nicht nach dem, was der Bund versucht inhaltlich zu organisieren und anzubieten. Danke schön.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank für die ersten Ausführungen. Ich eröffne die Aussprache und gebe als erstes das Wort dem Kollegen Wendt von der CDU/CSU-Fraktion, bitte schön.

Abg. **Marian Wendt** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Das ist ein Tag für mich im Sinne des E-Governments; heute früh hat der Behördenspiegel auch zu dem Thema geladen und jetzt geht es hier weiter. Für uns als Unionsfraktion ist der Bereich Digitalisierung ein sehr wichtiges Thema. Uns geht es auch um das Staat-Bürger-Verhältnis, was hier schon viele angesprochen haben, dass sich nicht nur der Privatbereich organisiert und digitalisiert, sondern dass auch der Staat ein guter Dienstleister für den Bürger sein kann. Und Digitalisierung, E-Government kann da sehr hilfreich sein. Wir, als Abgeordnete, wollen gemeinsam mit Ihnen in dieser Wahlperiode, aber vor allen Dingen auch in der nächsten, noch einiges tun. Jetzt, wo wir eine gute Basis mit eID-Gesetz, Open-Data-Gesetz und Online-Zugangsvereinfachungsgesetz gelegt haben. Da müssen wir jetzt etwas drauf tun. Wir haben den Grundstein gelegt und jetzt müssen wir das Haus - bildlich gesprochen - richtig gut bauen. Es ist natürlich immer schlecht, viele Köche verderben den Brei, Stichwort föderale Großfamilie. Da stellen sich bei mir die Nackenhaare auf. Aber dazu komme ich gleich mit meinen beiden Fragen, die ich einmal an Dr. Ludewig und einmal an Professor Martini richte.

An Dr. Ludewig habe ich die Frage: Welchen Weg kann die Verwaltung gehen, um die Digitalisierung voranzutreiben und wie ließen sich die der Verwaltung innewohnende Abneigung gegen starke Veränderung überwinden? Das ist auch ein Prozess, den man nicht ganz vergessen darf. Wenn ich mir vorstelle, dass ich einen Personalausweis auch online beantragen kann, warum muss ich dann noch in das Rathaus gehen und fällt dann meine Bürgerbürostelle weg? Das sind so Gedanken.

Zweite Frage richtet sich an Professor Martini. Sie haben in Ihrer Stellungnahme geschrieben, dass Sie den Aufbau eines föderalen E-Government-Zentrums empfehlen. Vielleicht können Sie das den Kollegen und den Zuschauern am Livestream ein bisschen konkreter erläutern? Wie stellen Sie sich die Zusammensetzung vor? Soll dort die Wirtschaft, die Bundes- und die kommunale Ebene gleichberechtigt vertreten sein, wie das in Österreich mit dem „Digitales Österreich" der Fall ist, die dann auch ganz klar Durchsetzungsbefugnisse haben? Also, dass die Entscheidung nicht nochmal durch alle Gesetzgebungshierarchien muss. Die eID könnte ich mir gut vorstellen oder verschiedene Payment-Funktionen, die man in beiden Bereichen entsprechend nutzt. Es würde

mich freuen, wenn Sie zu den beiden Fragekomplexen jeweils antworten könnten. Vielen Dank für Ihre Bereitschaft.

Der **Vorsitzende**: Kollegin Dr. Sitte für die Fraktion DIE LINKE., bitte schön.

Abg. **Dr. Petra Sitte** (DIE LINKE.): Meine ersten beiden Fragen richten sich an Herrn Palmetshofer. Es gibt zwischenzeitlich schon Erfahrungen mit Informationsfreiheitsgesetzen, zum Teil auch mit Transparenzgesetzen, die auch weiter gehen. Wie schätzen Sie diese Erfahrungen ein? Welche Auswirkungen haben diese Gesetze, aus Ihrer Sicht, für die Verwaltung und umgekehrt auch für Anwenderinnen und Anwender? Was kann für die Allgemeinheit der Mehrwert dabei sein?

Die nächste Frage, das hat eben der Kollege schon angesprochen, betrifft den Kulturwandel in der Verwaltung. Es macht sich ja so schön in der Stube. Insofern zeigt sich, dass es an dieser Stelle offensichtlich eine Einigkeit gibt. Was meinen Sie, welcher oder wie sollte der Weg vor allem auch mit politischer Begleitung aussehen? Was stellen Sie sich darunter vor? Beratungs- und Bildungsangebote waren schon angesprochen. Sie haben in Ihrer Stellungnahme Frankreich und Großbritannien als Vorbilder genannt. Welche Erfahrungen hat man dort gemacht mit der Wirksamkeit entsprechender Programme, die auch noch weiter gefasst sind? Danke.

Der **Vorsitzende**: Danke. Für die SPD-Fraktion der Kollege Klingbeil.

Abg. **Lars Klingbeil** (SPD): Auch von mir vielen Dank für die interessanten Inputs hier zu unserer Diskussion. Ich habe zwei Fragen an Matthias Kammer: Die erste geht ein bisschen in dieselbe Richtung, wie die Frage der Kollegin Sitte. Matthias, Du hast beschrieben, wie es besser laufen kann. Mich würde einfach mal der Blick in andere Länder interessieren. Was könnte man von dort da konkret hier für Deutschland lernen und wo läuft es überhaupt besser? Die zweite Frage: Einfach mal in fünf Überschriften gesprochen, was wären die konkreten Änderungsvorschläge für Deutschland für die nächste Legislaturperiode?

Der **Vorsitzende**: Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Kollege Janecek, bitte schön.

Abg. **Dieter Janecek** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Österreich hat man vor ca. 17 Jahren (!) die gleiche Diskussion geführt, die wir heute hier führen, in einem föderal organisierten Staat, und hat sich dann organisiert, finanziellen Anschub gegeben und ein E-Government in Österreich realisiert, was uns in weiten Teilen voraus ist. Das hat dazu geführt, dass die Nutzerquote dort entsprechend höher ist und die Menschen auch zufriedener mit ihrer Verwaltung sind. Darum geht es. Darum würde ich auch dem widersprechen zu sagen, es ist kein Thema für den Wahlkampf. Das mag sein. Aber der funktionierende Staat, die Nutzerfreundlichkeit für Unternehmen und Bürger, dass man Dienstleistungen einfach abholen kann und nicht kompliziert, das ist schon ein Thema für viele Menschen. Darum geht es hier in erster Linie, zusätzlich aber auch um Beteiligungsmöglichkeiten und Demokratie. Nämlich, dass sie Ihre Zeit einfach dafür aufwenden können, etwas Sinnvolles zu tun und nicht etwas Bürokratisches. Meine Fragen gehen an Frau Professor Mergel. Ich habe immer zwei Prinzipien definiert in unserem eigenen Antrag, den wir als Grüne-Fraktion eingebracht haben. Das ist einmal das Prinzip „Once Only", also, wenn Sie Ihre Daten abgegeben haben bei der Verwaltung, dass dann auch klar ist, dass die nicht ein zweites oder drittes Mal abgegeben werden müssen. Das hat aber auch verfassungsrechtliche Implikationen und rechtliche Implikationen. Vielleicht können Sie das bewerten.

Das Zweite ist Digital by Default, also, dass Sie letztlich den Vorrang des Digitalen in der Verwaltung auch definieren müssen. Wie sehen Sie diese Prinzipien in der Umsetzung und welche Chancen

und Risiken verbinden sich damit?

Die zweite Frage wäre an Professor Martini. Das habe ich jetzt mit Interesse nochmal wahrgenommen, das schwingt oft in der öffentlichen Diskussion mit, die Blockchain-Technologie. Es gründet sich in Berlin ein Bundesverband in dieser Richtung. Das interessiert mich persönlich sehr stark: Welche Potenziale sehen Sie in einer sehr stark dezentralisierten Herangehensweise an die Verwaltung? Was kann damit passieren? Was kommt da auf uns zu?

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank für die erste Fragerunde. Die Fragen von Kollegen Wendt beantwortet bitte Herr Dr. Ludewig und Herr Professor Martini. Sie müssen sich die drei Minuten teilen. Bitte schön, Herr Dr. Ludewig, Sie fangen an.

SV **Dr. Johannes Ludewig:** Die Digitalisierung in der Verwaltung vorantreiben. Ich möchte nochmal betonen und habe es vorhin schon gesagt, dass Bund, Länder und Kommunen das nur gemeinsam machen können, weil der Bund gar nicht die Größe der Verwaltung hat. Deswegen ist es sehr wichtig, dass der Bund hier seine Verantwortung wahrnimmt, aber eben doch zu einer konstruktiven, vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Ländern kommt. Die Grundgesetzänderung hat da auf der Länderseite den Enthusiasmus nicht gerade nachhaltig gesteigert. Es kommt jetzt nach der Grundgesetzänderung darauf an, im IT-Planungsrat eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zu etablieren, die gemeinsamen Projekte, Registermodernisierung online, Zugangsgesetz usw., die Standards zu definieren, das finanziell zu unterlegen, die Kommunen mit einzubeziehen. Dass wir praktische Beispiele bekommen, wo der Bürger und die Unternehmen sehen, da tut sich etwas und Fortschritte werden erkennbar. Das ist die Aufgabe!

Ich erinnere nochmal, dass es zu Beginn der Legislaturperiode hieß, die 100 Top-Dienstleistungen in der Verwaltung haben wir bis zum Ende der Legislaturperiode digitalisiert. Das haben wir gesehen, wie das funktioniert oder eben nicht funktioniert hat. Umso wichtiger ist es, jetzt wirklich daraus Erkenntnisse zu ziehen. Wir haben jetzt den rechtlichen Rahmen und der muss gemeinsam gefüllt werden von Bund, Ländern und Gemeinden. Das sehe ich als die große Herausforderung an. Da muss sich jeder entsprechend organisieren. Auch der Bund muss überlegen, wie wird er da vertreten? Reicht der CIO der Regierung so, wie wir ihn bisher hatten? Nach meiner Auffassung nicht. Es muss deutlicher werden, der politische Wille „Wir wollen das(!)". Der hat auch über die Ressortgrenzen hinweg eine entsprechende Autorität. Da ist, glaube ich, noch ein guter Weg zu gehen. Ich denke, es wird sehr spannend zu Beginn der nächsten Legislaturperiode, ob die entsprechenden Entscheidungen in dieser Richtung getroffen werden.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Professor Martini, bitte schön.

SV **Prof. Dr. Mario Martini:** Herr Abgeordneter Wendt, Sie hatten gefragt, wie eine solche föderale IT-Kommission aussehen könnte. Ihre Funktion ist vor allem eine technische, weniger eine politische. Insofern ist es gut, dass sie in ihrer Zusammensetzung auch möglichst stark von inhaltlichem Sachverstand und weniger von politischer Zielrichtung geprägt ist. Eine Art Referenzarchitektur könnte eine solche Kommission entwickeln und ist sozusagen der leistungsstarke Unterbau für das politische Entscheidungsgremium des IT-Planungsrates. Der Planungsrat ist strukturell nicht in seiner Zusammensetzung zeitlich kapazitätsorientiert in der Lage, all diese Aufgaben zu bewältigen. Das wird eine Herkulesaufgabe sein, dessen darf man sich bewusst sein.

Der **Vorsitzende**: Wir haben immer noch mehrere Möglichkeiten nachzufragen. Herr Palmetshofer, die Frage von der Kollegin Sitte, bitte.

SV **Walter Palmetshofer**: Ihre Frage bezüglich IFG

(Informationsfreiheitsgesetz). Ein großer Erfolg des Informationsfreiheitsgesetzes in der letzten Zeit war, dass der Bundestag jetzt seine wissenschaftlichen Gutachten veröffentlicht. Da muss man sich vorstellen, da gibt es sehr gute Berichte, Gutachten, die der Bevölkerung vorenthalten werden, obwohl da Potenzial auch für Parlamentarier drinnen liegt, diese zu haben. Das ist der Übergang zur Kultur. Ich glaub, große Angst liegt darin, dass Verwaltungen versuchen, Sachen zu verstecken, obwohl es nicht notwendig ist. Das bedarf auf der einen Seite von der Gesellschaft den Spielraum, dass man weiß, nicht alles muss immer hundertprozentig sein, sondern dass man den Raum schafft, gemeinsam vorwärts zu gehen. Das ist ein Kulturwandel. In anderen Ländern erfolgt dieser oder wird er gemacht, zum Beispiel in England, in dem man Leute reinholt, oder in Amerika mit „Code for America", die per se noch nicht in der Verwaltung drinnen sind.

Das sind, wenn es um E-Government geht, klare Sachen, wie User-Interface-Freundlichkeit oder neue Dienste, neue Software. Wir haben teilweise hier Legacy (veraltete) oder IT-Systeme, die zwanzig Jahre alt sind. Da bedarf es eines gemeinsamen Vorangehens mit diesem frischen Denken, wo man auch Sachen ausprobieren kann. In Frankreich haben die Etalab als Basisfakten und Vergleich. Da gibt es eine kleine Digitalisierungseinheit, die die großen Einheiten dazu beraten und ihnen zur Seite steht. Wenn man den Unterschied sehen will, was zum Beispiel Data-Taskforce (UK-France Data Innovation Taskforce) von Frankreich und Großbritannien gemeinsam diskutiert im Vergleich zu #EnsembleDigital mit Deutschland, Es gibt bei beiden Organisationen, in Frankreich - da ist zum einen England und zum anderen Deutschland - und dann sieht man, welche Berichte die Briten mit den Franzosen machen und was für Berichte die Deutschen mit den Franzosen machen.

Das ist ein eklatanter Unterschied: die einen unterhalten sich über Dateninfrastruktur für ein Land und die anderen reden darüber, dass man bei Smartphones jetzt einen Terminkalender synchronisieren kann. Das ist ungefähr der Zustand von diesen zwei gegensätzlichen Einheiten. Zum IFG ist zu sagen: Hamburg hat eine Vorreiterrolle, als nächstes kommt Rheinland-Pfalz. Das erste flache Bundesland, das wird wichtig, wie es da geht und dann hoffen wir, dass in Berlin ein Informationsfreiheitsgesetz kommt. Wir glauben, es wird wichtig, dass der Bürger nachvollziehen kann: Wie kommt es zu Gesetzen, wohin geht das Geld. Wir haben mit dem Berliner Flughafen, der Elbphilharmonie etliche Anlässe, wo es förderlich wäre, wenn man da mehr Transparenz hätte. Wir haben super Daten, wir haben super Sachen, die nicht veröffentlicht werden und das behindert den Staat oder die Gesellschaft und auch die Wirtschaft an sich, dass sie nicht veröffentlicht werden. Klares Beispiel: Nahverkehrsdaten wären vorhanden, der Steuerzahler zahlt Geld, aber ich kann noch immer nicht von A nach B in Deutschland abfragen, wie kommen wir mit einem Transportunternehmen dahin. Das ist in anderen Ländern gang und gebe seit Jahren und die Adaptierung ist relativ einfach.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Kammer für die Fragen vom Kollegen Klingbeil.

SV **Matthias Kammer:** Ich will mal, indem ich beide Fragen mit einem Statement zusammenfasse, beginnen. Was ich aus den anderen Ländern als Kernimpuls für Veränderungen wahrgenommen habe, ist eine personifizierte Leadership (Führung), die man an Personen in einer bestimmten Rolle festmachen kann. Personen, die gesagt haben „wir machen das jetzt". Persönlich hatte ich mal Gelegenheit dem früheren österreichischen Bundeskanzler Schüssel zuzuhören, als er über seine Erfahrungen berichtete. Er war derjenige, der das in Österreich in Gang gebracht hat. Das war eine sehr persönliche, klare Haltung, die er hatte, und er hat sie über eine lange Zeit durchgehalten. Das ist auch eine Sache, die man für eine längere Zeit braucht, egal welcher Partei man angehört.

Leadership ist etwas, was ich dort beobachte und was ich mir bei uns wünsche. Also Leadership in einem ganz ernsten Sinne, diesen Schuh zieht sich jemand an und steht dann auch für eine längere Zeit dazu auf seiner jeweiligen Ebene.

Das Zweite, was Verwaltung braucht, auch was durch Leadership eingefordert wird, das sind Perspektivwechsel. Es geht nicht darum, die eigenen Prozesse am laufenden Band vor sich hin zu optimieren, indem man aus einer papierenen Welt eine digitale Welt macht und es ändert sich eigentlich nichts. Es geht darum, einfach aus der Sicht von Nutzern, wo und wofür ist Verwaltung da - das wurde hier schon gesagt -, sich mal neu zu sortieren und zu erfinden. Das ist nicht einfach in unserer überregulierten Struktur, in der wir sind. Es gibt keine Disruption (Störung, Unterbrechung) in der Verwaltung, selbst wenn es Potenzial gebe. Sondern wenn, dann gibt es nur eine regulierte Disruption. Aber was ist das? Das ist eine Contradictio in Adjecto. Wir brauchen dafür ein Disruptionsgesetz. Das kann nicht richtig sein. Ich denke, einen wichtigen Punkt, den der Staat leisten muss, ist aus seinem Silo rausgehen und sich in Kooperation zu begeben: Kooperation, und zwar konsequent mit Wirtschaft, mit Zivilgesellschaft. Also, eine Identifizierung ist etwas, was wir alle brauchen. Jeder von uns hat irgendwo zig Identitäten und es spricht überhaupt nichts dagegen an der Frage zu arbeiten, wie man das gemeinsam hinkriegt. Der „Renner" wird nicht der Personalausweis sein, weil ihn außer dem Staat und ein paar ganz wenigen Angeboten niemand nutzt. Der Durchschnitt ist 1,7 Verwaltungsbegegnungen im Jahr. Das Verwaltungsleben ist nicht der Lebensalltag der Menschen. Hier braucht man eigentlich eine ganz andere Plattform.

Was ich mir beim Staat vor allen Dingen wünschen würde, ist in aller Konsequenz darauf hinzuwirken, einen Beitrag zu leisten, dass insgesamt das Sicherheitsniveau, das wir in der digitalen Welt haben, erhöht wird. Wir sind nicht auf einem Niveau, mit dem man zufrieden sein kann. Es passieren ständig viel zu viele Sachen und wir bewegen uns individuell. Aber man braucht ein allgemeines Sicherheitsniveau, das gleichzeitig den Anspruch hat Convenience (Zweckmäßigkeit) mit Sicherheit zusammenzubringen. Das ist eine echte Herausforderung.

Der **Vorsitzende**: Frau Professor Mergel und Herr Professor Martini haben drei Minuten Zeit für die Beantwortung der Fragen vom Kollegen Janecek.

SVe **Prof. Dr. Ines Mergel**: Vielen Dank für die Frage zu den Prinzipien. Das ist eine der Sachen, die bei meiner Forschung herauskam: Andere Länder arbeiten nicht mit Gesetzen, sondern sie stellen Prinzipien an den Anfang. Dänemark beispielsweise hat kein eID-Gesetz, sondern hat sich auf Prinzipien geeinigt und dann kollaborativ über die Verwaltungsgrenze hinaus gearbeitet.

Zum Once-Only-Prinzip: Dass man nur einmal seine Daten einreicht, hat natürlich viele Risiken. Ich glaube, das wurde unlängst alles begutachtet. Was spannend dabei ist, in Estland habe ich genau diese Fragen gestellt. Zum Beispiel Präsident Ilves hat mit mir gesprochen und der frühere und der jetzige CIO. Da geht es darum, dass dem Bürger die Hoheit über die Daten gegeben wird. Es ist nicht so, dass wir dann als Verwaltung Daten absaugen und der Bürger steht dann blank da und niemand hat eine Hand darüber. Sondern jedes Mal, wenn jemand anfragt und diese Daten sehen will, weiß der Bürger genau was passiert, bekommt einen Alert und kann da entgegen wirken, wenn er möchte.

Digital by Default ist viel wichtiger für uns im Moment, denn es gibt sehr viele Verwaltungsprozesse, die einfach standardisiert werden können. Da gibt es keine bureaucratic discretion (bürokratischer Handlungsspielraum), sondern diese Prozesse laufen automatisch ab. Jeder Bürger hat ein Recht darauf. Deswegen können solche Sachen aus meiner Sicht auch sehr leicht digitalisiert werden, in Bereichen, in denen wir es noch gar nicht

haben, so dass die Bürger das dann auch nachvollziehen können.

SV **Prof. Dr. Mario Martini:** Ich kann da nur zustimmen. Auch in rechtlicher Sicht kann ich das teilen, denn „Once Only" kollidiert mit dem Zweckbindungsgrundsatz, der von dem genau gegenteiligen Ansatz „Only Once" ausgeht und als solcher auch rechtfertigungsbedürftig ist. Verfassungsrechtlich aber auch unionsrechtlich ist der Zweckbindungsgrundsatz, der aber nicht ausnahmslos gilt. Ausnahmen der Mitgliedstaaten werden auch für den öffentlichen Bereich zugestanden. Insofern kann der nationale Gesetzgeber weiterhin sehr viel regeln. Er sollte das aber aus meiner Sicht nur dann tun, wenn er den Bürgern die Hoheit über die Daten belässt. Denn Bürger neigen dazu, jedem Big-Data-Kollektor mehr Daten anzuvertrauen als dem guten alten Staat.

Die Blockchain-Technologie ist ein Mysterium, das zunächst einmal technisch auch eine Erläuterung bedarf. In dem Wort steckt der Begriff „Datenkette". Im Grunde ist es eine Aneinanderreihung von Daten, die in Blöcken gebündelt werden und die durch digitale Fingerabdrücke, sogenannte „Hashes", miteinander verkettet sind. Diese Technik zeichnet vor allem eines aus, nämlich ihre dezentrale Struktur und sie hat enormes Potenzial, das sich vor allem eignet, um Intermediäre aller Art zu ersetzen; sei es im privaten Bereich, sei es im öffentlichen Bereich und dort könnte sie dort alle Formen von Registern, Markenregistern, Kfz-Register im Grunde genommen auch ersetzen.

Der **Vorsitzende:** Vielen Dank. Das war die erste Runde. Ich eröffne die zweite Fragerunde, bei der Sie direkt antworten können. Gibt es Wortmeldungen? Kollege Janecek, bitte schön.

Abg. **Dieter Janecek** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hatte den Eindruck, Herr Professor Martini, dass Sie bei Blockchain noch etwas mehr ausführen könnten, wollten. Diese Zeit wollte ich Ihnen jetzt zum einen gerne geben.

Dann würde ich gerne noch eine Frage stellen an Frau Professor Mergel: Die Frage der Organisation ist ja auch eine entscheidende. Sie beschäftigt auch den Normenkontrollrat sehr stark. Sie haben da einen sehr freiheitlichen Ansatz. Die Kultur der Verwaltung muss sich auch aus sich selbst heraus verändern, so habe ich das verstanden. Wie glauben Sie, dass eine Durchsetzung einer erfolgreichen E-Government-Strategie denn passieren kann?

Der **Vorsitzende:** Es macht sich immer besser, wenn Sie nur einem Sachverständigen die Frage geben. Dann haben diese genügend Zeit. Sie haben die Möglichkeit sich immer wieder zu melden.

Abg. **Dieter Janecek** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin da sehr wissbegierig.

Der **Vorsitzende:** Ich nehme das mal so hin. Professor Martini und Professor Mergel, bitte schön.

SV **Prof. Dr. Mario Martini:** Es hat eine gewisse Gefahr, mich zu diesem Thema zu befragen, weil ich da eine innere Leidenschaft empfinde. Ich versuche aber, mich in Fairness kurz zu fassen. Das Wesentliche habe ich bereits versucht, zu formulieren. Es ist insbesondere eine Vertrauensmaschine, die es schafft zwischen ganz unbeteiligten, unbekannten Akteuren Vertrauen herzustellen und damit sozusagen ein Facebook ohne Facebook möglich machen könnte. Für die Verwaltung bedeutet das - ihre Aufgaben sind im Wesentlichen Vertrauensfunktionen. Diese könnte man zum Teil mit einer Blockchain versorgen.

Mit dem Grundbuch wird experimentiert, mit der Zuteilung von Sozialhilfeleistungen wird in Großbritannien experimentiert. Ein sehr weites Feld, das aber noch im experimentellen Stadium ist.

SVe **Prof. Dr. Ines Mergel:** Zur Kultur der Verwaltung. Als erstes würde ich sagen, es muss eine IT-

Ausbildung in der Verwaltung geben. Es kann nicht sein, dass wir das alles den Vertragsrechtlern überlassen, die dann entscheiden, was ein Software-Anbieter tatsächlich bringen soll und nach einem Jahr wird dann ein Großprojekt aufgestellt und kommt zurück in die Verwaltung. Sondern Verwaltungsangestellte müssen sowohl ganz tiefes, verwaltungswissenschaftliches Wissen haben, als auch die IT-Kompetenz und das IT-Wissen. In der Ausbildung ist das zurzeit nicht enthalten. Das ist ein großer Fehler.

Meine Studenten haben das erste Mal das Wort „Open Government" gehört, als ich diesbezüglich erstmalig eine Art von Vorlesung in Konstanz angeboten habe. Das gab es vorher nicht in den Verwaltungswissenschaften. Das Zweite ist: Es hat sich aus der Forschung, die ich in den USA gemacht habe, herausgestellt, dass mit Leuten mit dieser Kompetenz in der Verwaltung Änderungen bei der Einführung von Innovationen erfolgten: Mit externen Dienstleistern werden Beamte und verwaltungswissenschaftliche Angestellte von Anfang an in das Projektmanagement mit einbezogen. Und zwar nicht nur in die Vertragsgestaltung oder in die Spezifikationen, welches E-Government-Projekt sie haben wollen und am Ende gibt es dann Nachforderungen, sondern von Anfang an werden in kurzen Sprints innerhalb von drei bis vier Wochen Projektabschnitte mit den Behördenvertretern zusammen entwickelt und direkte Rückkopplungen gegeben. Dadurch verändert sich schonmal die Sichtweise der Verwaltungsangestellten. Sie erkennen, was es bedeutet, so ein Projekt zu entwickeln, deren Inhalte, wie wir zu dem Schluss dieses Projektes kommen und wie wir es gemeinsam gestalten können. Das wären solche Ansätze, an denen man schrauben könnte, also ganz grundlegend an der IT-Ausbildung und an einem eher agilen Innovationsmanagement, wo man die Beamten Schritt für Schritt mit einbezieht. Es sollte nicht nur der IT-Abteilung überlassen werden oder nur Leuten, die die Verhandlungen für die Verträge mit den externen Dienstleistern übernehmen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Frau Kollegin Sitte, bitte schön.

Abg. **Dr. Petra Sitte** (DIE LINKE.): Ich möchte auch nochmal auf das Thema Blockchain-Technologie kommen und meine Frage an Herrn Palmetshofer weitergeben. Was meinen Sie denn, in welchen Zeithorizonten könnte man denn denken, angesichts der Ausführung von Professor Martini, der auch von Experimentierklauseln gesprochen hat? Ist da überhaupt ein echter Mehrwert, außer mit Blick auf die Vertrauensfrage, derzeit schon absehbar? Gibt es irgendwo anders schon Anleihen, die man nehmen könnte? Wir hatten das vorhin schon beim Thema „von anderen Staaten zu lernen" angesprochen.

Ich hätte dann für die dritte Runde noch eine Frage. Oder soll ich die gleich stellen?

Der **Vorsitzende**: Das können Sie nachher machen. Herr Palmetshofer, bitte schön.

SV **Walter Palmetshofer**: Es gibt da andere Länder, die sind da weiter voran. Meine Erfahrung ist, wir haben andere Probleme im Moment als die Blockchain. Es ist an sich eine interessante Technik. Löst etwas extrem Spannendes zur Erklärung. Die Blockchain wurde 2009 gemacht, um Payment ohne zentrale Einheit von einer einzelnen Person zu einer anderen Person zu machen. Wir sprechen hier jedoch über eine zentrale Einheit, das ist der Staat. Die Blockchain ist, vereinfacht gesagt, dazu da, dass man den Staat ignoriert. Dass die Blockchain für Register extreme Vorteile haben kann, gerade in Ländern, wo der Staat nicht stark ist oder wo es keine Rechtstaatlichkeit gibt, finde ich auch positiv. In Georgien zum Beispiel wird die Blockchain angewendet, Singapur und andere Länder bemühen sich da sehr stark. Ich glaube nicht, dass in Deutschland jetzt das vorrangige Ziel sein sollte, dass wir alles in die Blockchain bringen. Es gibt rein von der technischen Anwendung das Problem, oder vereinfacht gesagt, es ist

eine dezentrale Datenbank mit ein bisschen Verschlüsselung.

Man könnte Probleme lösen. Für die Verwaltung ist noch nicht die „eierlegende Wollmilchsau" gefunden worden. Es gibt super Konzepte. Aber ich glaube, alle E-Government-Services können im Moment noch anders gelöst werden. Der Weg dahin ist lang. Vorhin habe ich erwähnt, dass wir wahrscheinlich 15 Jahre hinterher liegen, was die IT in der Verwaltung angeht. Ich wäre froh, wenn wir Ende der Nullerjahre in der Verwaltung wären. Wenn die Blockchain und die ersten Konzepte marktreif sind oder die, die gerade herauskommen, werden wahrscheinlich die ersten zwei, drei Jahre noch weiter sich verbreiten. Für Payment ja, aber für E-Government kann man sie gerne mitbedenken. Ich glaube, die Priorität sollte woanders liegen. Das ist meine persönliche Meinung. Und dann, wenn man mal die grundlegenden Sachen hat, dann kann man gerne nochmal die Blockchain drüber hauen. Dann kann man auch gerne die Blockchain verwenden, damit man sagt, es ist dann komplett nachvollziehbar. Aber wir haben aus meiner Erfahrung weniger ein Problem, dass sie dem Staat das abnehmen. Bei der Steuerzahlung gibt es in Deutschland keinen einzigen Fall, dass jemand sagt, Ihr habt die Steuern bezahlt, und der Staat sagt nein, das hast du nicht bezahlt. Für das wäre die Blockchain super, dass man das nachweisen kann, die Steuern sind bezahlt worden und der Staat sagt, sie sind nicht bezahlt worden.

Unverständliche Zwischenfrage Abg. **Thomas Jarzombek** (CDU/CSU)

SV **Walter Palmetshofer**: Ja, können Sie gerne machen. Ich glaube nur, wir reden von anderen Problemen. Wir haben nicht einmal eine Verwaltung, die so weit ist, dass sie die normalen Probleme mit der Blockchain lösen könnten. Sie könnten sie wahrscheinlich als Innovationsmittel ansehen. Es ist so, wie die Cloud. Sie können Sachen vorantreiben. Ich glaube nur nicht, per se jetzt überall die Blockchain drüber werfen und sagen, damit lösen wir alle Probleme. Das wird schwierig.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Kollege Jarzombek, bitte.

Abg. **Thomas Jarzombek** (CDU/CSU): Dann kann ich jetzt nochmal mit Mikrofon widersprechen. Die Einschätzung teile ich gar nicht und im nordrhein-westfälischen Koalitionsvertrag steht ausdrücklich drin, dass ein erstes Verfahren in der Blockchain abgebildet werden soll. Ich finde, das ist ein sehr moderner Koalitionsvertrag. Ich bin gespannt, was die Kollegen da implementieren werden. Sie kennen sicherlich den Begriff des Leapfroggings (Bockspringen). Nämlich, dass man einfach die Chance nutzt, eine Technologiegeneration zu überspringen. Ich glaube, genau das bietet sich eben hier, das eine tun ohne das andere zu lassen.

Ich wollte aber gerne auch die Chance nutzen, einmal Professor Martini und Frau Professor Mergel zu dem Thema „Staat als eine Plattform" zu befragen. In der Vergangenheit sind viele dieser Applikationen vom Staat selber entwickelt worden, die Webseiten, die Portale sind vom Staat, von Kommunen, dem Land und Bund nun mal so attraktiv und sexy, wie sie nun mal sind, die meisten Anwendungen auch. Wir kennen bei einem Verfahren, bei Elster, aber auch schon APIs, wo schon andere Anbieter ihre Programme dran anbinden können. Halten Sie das für eine gute Strategie, wenn man, gerade im Rahmen der neuen Bund-Länder-Vereinbarung mit den gemeinsamen Standards, stark darauf drängt, dass der Staat auch eine Plattform ist und möglicherweise die Dinge, die hier angeboten werden, dann über Apps oder Webseiten von Dritten zur Verfügung gestellt werden?

Der **Vorsitzende**: Herr Professor Martini und dann Frau Professor Mergel, bitte schön.

SV **Prof. Dr. Mario Martini:** ... des Sachverstandes der Bevölkerung ist ein Lebenselixier für einen guten, agilen, digitalen Start. Insofern scheint mir das ein guter Weg zu sein, diese Chancen zu nutzen. Entwicklerwettbewerbe hatte ich genannt. Estland hat gute Erfahrungen damit gesammelt, ethische Häcker einzubinden in die Überprüfung von Funktionstauglichkeit, um überprüfen zu können, hält dieses System tatsächlich den Erfordernissen der Sicherheit stand oder nicht. Diese Chancen zu nutzen, kann man nur empfehlen, und damit auch den Staat, wie Sie sagten, als Plattform zu verstehen, die sich offen konzipiert. Die eben Benutzeraspekte auch immer mitliest und nicht nur theoretisch sich auf die Fahnen schreibt, sondern auch versucht in die Entwicklungsprozesse Private miteinzubeziehen.

SVe **Prof. Dr. Ines Mergel**: Erstmal kurz zur Begriffsklärung: „Government as a Plattform" ist ein Begriff den Tim O'Reilley erfunden hat. Damit meinte er damals, dass man sowas, wie Data.gov oder eine Open-Data-Plattform macht. Man schmeißt alle Daten drauf und lässt dann die Bürger oder die Zivilgesellschaft damit machen, was sie wollen. Damit nimmt man quasi die Last von der Verwaltung und sagt, wir brauchen nicht kreativ werden, wir brauchen euch nicht zu zeigen, was in unseren Daten tatsächlich drin ist. Das finde ich einen sehr gefährlichen Ansatz.

Ich glaube, dass man diese Last nicht auf die Schultern der Bürger legen kann. Ich weiß aber nicht, ob Sie das damit meinten. Ich hatte den Eindruck, dass Sie eher meinten, dass wir Standards über die Verwaltungsgrenzen hinaus haben müssen und Software oder Plattform wieder verwenden. Das finde ich einen sehr spannenden Ansatz, dass man nicht ständig das Rad neu erfindet. Wir haben Estland schon sehr oft erwähnt und Sie sind ja auch da hingereist und haben sich das angeschaut. Ich fände es zum Beispiel super, wenn man anstatt von Blockchain „X-Road" kaufen würde in Deutschland, so wie Finnland das kürzlich gemacht hat, und das für die deutsche Verwaltung anpasst. Das heißt, man hat eine gemeinsame Infrastruktur, die schon auf einem sehr hohen Niveau entwickelt wurde und entwickelt die dann weiter. Kann man sich Taavi Kotka dafür einkaufen, den ehemaligen CIO und ihn dafür bezahlen, dass er das für Deutschland umsetzt. Eben diese Expertise, die wir zurzeit hier nicht haben und die Standards, die wir nicht haben, sondern dass wir jeden einzelnen das machen lassen, was er macht, finde ich sehr gefährlich. Und zwar in dem Sinne, dass wir diese Schnittstellen nicht haben. Wenn wir wenigstens dabei wären, zu sagen, jeder darf das machen, was er will, aber zum Schluss müssen wir doch alle zusammenkommen und Daten teilen können und Standards für Daten haben. Solche Konversationen fände ich wesentlich wichtiger, wenn es um Standards geht.

Um nochmal kurz zu „Government as a Plattform" zurückzukommen: Ich fände es interessanter „Government as a Service" sich sozusagen anzuschauen und nicht unbedingt als Plattform. Also, was für Dienstleistungen können wir standardisieren über alle Verwaltungsebenen hinweg?

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Kollege Reichenbach.

Abg. **Gerold Reichenbach** (SPD): Ich wollte nochmal auf das Thema Vertrauen und Sicherheit zurückkommen. Auch in Österreich, die haben schon länger den zwangsfreigeschalteten E-Pass, wo er aber in der nichtmobilen Form weitestgehend gefloppt ist. Wir haben in Deutschland die Erfahrung mit De-Mail, die auch bei weitem nicht das gebracht hat, was man sich erhofft hatte und bei eID war es ähnlich. Wenn wir uns das anschauen, dann waren überall die Einführungen relativ schnell begleitet mit Sicherheitsdebatten, mit Diskussionen über Sicherheitsmängel. Meine entscheidende Frage geht an Herrn Kammer, da Sie sich mit Ihrem Institut sehr stark mit dem Bereich beschäftigen: Welche Rolle spielt denn die Frage von Sicherheit und Vertrauen, sowohl auf der

Nutzer- und Anwenderseite als auch bei den Behörden selber bei der Frage, ob wir bei der digitalen Verwaltung vorankommen oder nicht?

Der **Vorsitzende**: Herr Kammer, bitte schön.

SV **Matthias Kammer:** Auf der Nutzerseite ist eine ganz wichtige Beobachtung, die Sie aber auch alle an sich selbst beobachten können, viel Vertrauen entsteht durch Erfahrung. Dadurch, dass ich etwas mache und dabei die Erfahrung mache, dass es am Tag danach besser geworden ist oder jedenfalls nicht schlechter als vorher, kann ich den Schritt wohl nochmal gehen. Wenn wir über ID reden, dann stellen wir fest, dass wir alle verschiedene Erfahrungen gemacht haben und eigentlich damit nicht zufrieden sind. Denn wir vergessen z.B. unsere Kennwörter und so weiter. Da stellt sich dann die Frage, gäbe es denn da nicht mal eine Optimierung. Die ist aber bisher nicht gelungen. Man kann mit diesem Ding ja keine guten Erfahrungen machen, weil es so gut wie keine Anwendungsfelder gibt. Wenn man tatsächlich so etwas hinkriegen wollte, ist das für mich eine politische Herausforderung. Ziel ist es, eine konzertierte Aktion in Deutschland zu schaffen, wenn es geht, auch noch über deutsche Grenzen hinweg, einen Standard hinzukriegen, den auch die Wirtschaft nutzt, den andere gerne in ihre Initiativen einbauen würden. Die sich gerade in Deutschland etablierende Allianz aus vielen Unternehmen, die sozusagen etwas dagegen unternehmen wollen, dass Facebook und Google den Einstieg in Identifizierung übernehmen und wir dann an dieser Ecke dann endgültig mit unserer ID in der amerikanischen Kolonie angekommen sind. Dieser Strategie zu begegnen, finde ich, hätte man gut hinkriegen können, wenn der Personalausweis da mitreden darf. Aber der ist ja außen vor. Das fände ich als den entscheidenden Punkt. Da kann man dann die Erfahrung machen, hier tun all die Instanzen, die für unser Leben wichtig sind, mal etwas, von dem alle etwas Nützliches von haben. Das würde ich mir sehr wünschen. Stattdessen machen wir das immer sektorenweise. Was der Staat dazu noch zusätzlich nicht beherrscht ist, dass, wenn er sowas einführt, dann darüber auch so zu reden, dass man das Gefühl bekommt, ich tue etwas Gutes und ich merke es auch. Sondern man macht immer nur die Erfahrung, da wird ein Gesetz gemacht, das wird dann umgesetzt und dann hört man nichts mehr davon. Dadurch kriegt man keinen Anfasspunkt, wo man sagt, jawohl, das ist jetzt hier was Gutes und das möchte ich haben, oder das ist peppig, sexy, wie auch immer. Das unter die Leute zu bringen, ist eine Strategie für sich. Das schafft eine Verwaltung offenbar überhaupt nicht. Deswegen könnte man auch da überlegen, ob es nicht andere Kooperationsmodelle gibt, um so ein Ding gängig zu machen.

Was spricht dagegen, dass das, was der Staat nutzt, von einer Bank entwickelt wurde oder von einer anderen Einheit, die sowas besser kann? Das Sicherheitsniveau, das die einfordern, ist doch nicht niedriger, als das, was der Staat braucht, um sich zu schützen vor Missbrauch, der da kommen könnte. An dieser Ecke wünschte ich mir in der Tat durchaus eine etwas weniger versäulte Vorgehensweise. Gerade bei solchen Infrastrukturdingen, gilt auch noch für anderes, aber nehmen wir mal nur die eID. Das wäre schon was.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Kollegin Sitte, bitte schön.

Abg. **Dr. Petra Sitte** (DIE LINKE.): Meine Frage richtet sich an Herrn Ludewig. Sie haben gleich zu Beginn Ihres Beitrages gesagt, man bräuchte ein Digitalisierungsbudget. Da interessieren mich jetzt natürlich auch Überlegungen zu den Zahlen. Deshalb richtet sich die Frage an Sie.

SV **Dr. Johannes Ludewig:** Ich glaube, ich sehe meine Aufgabe jetzt nicht darin, das vorweg zu nehmen, was da gerade zwischen Bund und Ländern und dann, wenn es im IT-Planungsrat spannend wird, besprochen werden muss. Man muss erst mal festlegen, was wollen wir eigentlich ge-

meinsam machen in den nächsten vier, fünf Jahren. Da legt man Projekte fest, die man abarbeiten will und die muss man entsprechend finanziell unterlegen. Das ist die normale Abfolge der Dinge. Ich kann nicht abstrakte Zahlen in den Raum stellen, ohne dass das Arbeitsprogramm klar ist. Wichtig ist nur - was heißt nur, das ist schon eine ganze Menge -, dass klar erkennbar wird, und das hat eben entscheidend mit Geld zu tun, dass bestimmte Dinge ab heute gemeinsam gemacht werden und nicht jeder die Welt immer wieder neu erfindet. Und wenn es da ums Geld geht, wird es in der Regel ernst.

Wie gesagt, das halten wir im Normenkontrollrat für unabdingbar. Wenn Sie etwas erreichen wollen - das hat Herr Kammer richtig gesagt, Leadership. Leadership hat auch etwas damit zu tun, wie gehen Sie vor, wer übernimmt die Führung, wer zieht sich den Schuh an, und das hat letztlich auch mit Geld zu tun. Dass Sie das, was Sie für so wichtig halten, klar definieren: Was machen wir gemeinsam in Deutschland? Und das muss finanziell unterlegt werden. Dann hat man ein Programm, beispielsweise für fünf Jahre, und dann fährt die Geschichte ab. So muss das laufen! Es ist so simpel, dass man sich wirklich fragt, wieso diskutieren wir das hier eigentlich. Ich meine schon - gestatten Sie es mir – es ist ein Armutszeugnis, dass wir in Deutschland über diese Dinge so viele Jahre diskutieren und einfach nicht zu den klaren, einfachen Schlussfolgerungen kommen. Gehen Sie nach Österreich, das ist ähnlich föderal strukturiert. Estland ist ein falsches Beispiel, weil die Strukturen in vieler Hinsicht völlig anders sind. Aber Österreich ist uns sehr ähnlich. Herr Schüssel hat klar vorgemacht, wie man das eben macht. Warum hat er das vorgemacht? Ich weiß nicht, ob Sie die Story kennen: Er war vorher Außenminister, saß im Außenministerrat. Da kamen immer alle an mit riesigen Aktenstapeln, aber die Leute aus Nordeuropa und aus dem Baltikum, die kamen an mit einem Tablet. Da hat er seine Leute gefragt, wie ist das und das will ich jetzt auch haben. Diese blöden Akten. Wir sind immer mit dem Tagesordnungspunkt fertig, bevor die Akte überhaupt gefunden ist. Dann hat er das gelernt, wurde Bundeskanzler in Österreich und dann hat er die Landeshauptleute alle zusammengerufen und die Chefs der großen Ministerien und hat gesagt: So Leute, das machen wir in Österreich! Die Sitzung von 2003 unter Leitung von Herrn Schüssel hat in Deutschland nie stattgefunden. Das ist das Problem. Da können Sie alles dran festmachen bis hin zur Finanzierung. Da haben wir hier klar parteiübergreifend, wer immer da verantwortlich war, einfach versagt. Deswegen laufen wir jetzt dauernd hinterher. Aber an sich ist es im Kern ganz einfach. Jetzt muss mal irgendwas passieren! Was ich bei dem Kongress, bei dem ich gerade war, wahrgenommen habe, ist, dass das Bewusstsein, dass Dinge hier grundsätzlich falsch gelaufen sind, deutlich zugenommen hat – bei der Politik und überall. Darum bin ich zuversichtlich, dass jetzt wirklich nach der Bundestagswahl in den nächsten Koalitionsverhandlungen, egal wer die Regierung bildet, dass dann die nötigen institutionellen und finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden. Es ist fünf vor zwölf oder später!

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Kollege Jarzombek.

Abg. **Thomas Jarzombek** (CDU/CSU): Ich könnte jetzt sagen, es ist 17.11 Uhr, aber ich empfehle einfach hier nochmal einen Blick in den Koalitionsvertrag von Nordrhein-Westfalen zu werfen, auch wenn das inzwischen vielleicht ermüdet. Aber die Frage des Budgets vorhin, ist da schon einmal geklärt. Da soll es schonmal 100 Mio. Euro geben, um den Kommunen Beratungsleistungen für die Digitalisierung zur Verfügung zu stellen. Da sind explizit E-Government und IT-Sicherheitsfragen mit eingeschlossen, weil wir in der Tat sehen, das es eine Reihe von kleineren Gemeinden gibt, wo es nicht einen einzigen Mitarbeiter in der Verwaltung gibt, der das Thema Digitalisierung - ich will jetzt nicht sagen „beherrscht" -, aber dessen Aufgabe die Digitalisierung ist.

Deshalb meine Frage an Herrn Dr. Ludewig: Wir

haben das schöne Bonmot einmal gehört von dem Bitcom-Präsident Dirks, der gesagt hat: „Wenn Sie einen Scheißprozess digitalisieren, haben Sie anschließend einen digitalen Scheißprozess." Das trifft, auch wenn ich die Wortwahl nicht selber mir zu Eigen machen würde, als ein Zitat, aber es trifft natürlich genau die Situation. Nur Technik alleine tut es nicht, sondern ich muss insbesondere auch in den kommunalen Verwaltungen Prozessreorganisationen machen. Da würde ich Ihnen gerne nochmal die Möglichkeit geben, uns Hinweise darauf zu geben, wie so etwas denn geschehen kann. Wie die Bereitschaft da vor Ort ist und was neben der Frage des Budgets den Kommunen zur Verfügung gestellt werden muss. Was es noch braucht, um hier auch zu einer Optimierung der Prozesse zu kommen, die notwendig ist?

SV **Dr. Johannes Ludewig:** Ich glaube, das haben wir ein Stück weit auch im Bereich der Flüchtlingserfahrung gesehen, dass dann, wenn Druck in der Pipeline ist, nicht nur vordergründig digitalisiert wird, sondern dass es dann auch weitergeht. Ein negatives Beispiel, das mir einfällt, ist die ganze BAföG-Geschichte. Der Normenkontrollrat hat mal ein Projekt gemacht „Einfacher zum BAföG". Da haben wir geguckt - wie lange ist das her? Fünf Jahre. Jeder weiß, die Studenten können das alle mit der IT. Es gab ein einziges Bundesland, wo Sie Ihren BAföG-Antrag digital einreichen konnten. Was nach dem Einreichen passierte? Wahrscheinlich druckte der in der Verwaltung das dann wieder aus und dann ging es in der Papierform weiter. Das lasse ich mal offen. Das war Bayern. Da gab es auch nicht - es ist ein Bundesgesetz gewesen - anschließend haben die Länder gesagt - untereinander war man sich nicht einig. Da gibt es jetzt drei verschiedene Formen, wie man das Ganze praktisch umsetzte. Ich sage mal, natürlich müssen Sie diese Prozesse durchdenken. Deswegen finde ich das auch gut in Nordrhein-Westfalen. Das kann nicht jede Kommune. Da müssen Sie natürlich Beratungsleistung zur Verfügung stellen.

Dahinter steht noch ein wichtiges Problem, ohne jetzt den anwesenden Herrn Juristen zu nahe zu treten. Unsere Verwaltung ist, wie kaum eine andere, juristisch geprägt. Die entscheidende Frage ist immer, ist es rechtskonform oder nicht. Ob die Prozesse dahinter Sinn machen, ob es effizient ist, das ist immer die andere Frage. Wenn Sie sich mal die Krise des BAMF angucken. Wenn Sie da ins Detail einsteigen - wir haben das gemacht im NKR - da fallen Ihnen aber die Augen aus dem Kopf. Weil nur ausschließlich juristisches Denken überhaupt noch eine Rolle spielte. Sie konnten gar nicht befördert werden in diesem Amt, um das bei der Gelegenheit hier mal zu sagen, wenn Sie nicht Volljurist waren. Egal, ob Sie sonst in allen übrigen Bereichen ein Idiot waren, spielte überhaupt keine Rolle. Da muss man schon sagen (undeutlicher Zwischenruf). Ich sage Ihnen aus meiner Erfahrung, es gibt keine Verwaltung, keine staatliche, die ich kenne, auch international, die so juristisch geprägt ist, wie die deutsche. Das heißt natürlich, wir müssen heute - das geht bis in die Personalabteilung unserer Ministerien - raus aus dieser Geschichte. Die Leute, die heute Führungsaufgaben übernehmen, müssen nicht in erster Linie Juristen sein. Sie müssen etwas von den Themen, die wir heute diskutieren, kennen und sie beherrschen. Danach fragt aber heute keiner. Warum? Weil die Leiter der Personalabteilungen in den Ministerien auch Juristen sind. Das regeneriert sich selber. Wenn wir da nicht mal klarer Zeichen setzen, dass wir hier einen anderen Weg gehen müssen. Gehen Sie mal nach Frankreich, nach England - von den kleinen Ländern will ich gar nicht reden - da sind wir schon in dem Bezug sehr einseitig personalmäßig ausgerichtet. Das gehört zu dem, was Sie gerade gesagt haben, dass juristische Denken ist in vielerlei Hinsicht eben völlig anders. Da spielen Prozesse, Effizienz und Management eine eher untergeordnete Rolle. Da müssen wir raus. Das hat auch entscheidend mit Personalpolitik zu tun. Da werden wir uns sehr anders orientieren müssen, als es heute der Fall ist.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Kollege Janecek,

bitte schön.

Abg. **Dieter Janecek** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es wäre jetzt interessant, das nochmal historisch zu untersuchen, ob das sozusagen aus der preußischen Zeit herrührt, dass wir solche Denkprozesse in Deutschland in dieser Verankerung haben. Aber wenn ich an das Beispiel denke - ich war jetzt gerade in Schweden und Norwegen, wenn Sie da mit dem Auto in die Innenstadt fahren, kommen Sie in die City-Maut rein, die merken Sie aber gar nicht, weil das Kennzeichen gescannt wird und Sie bekommen nachher eine Rechnung. Da denkt dann auch keiner mehr drüber nach, weil der Grundgedanke ist, dass die Menschen befähigt werden, über ihre Daten zu reden, zu agieren. Ob das dann immer 1:1 mit den ganzen Gefahren so abgestimmt ist, wird sich im Laufe der Zeit zeigen.

Aber meine Frage an Frau Professor Mergel: Wenn ich Wettbewerb habe - Nordrhein-Westfalen hatte übrigens vorher auch schon viel in E-Government gemacht und jetzt mit neuem Koalitionsvertrag, Baden-Württemberg macht einen eigenen Koalitionsvertrag, alle brüsten sich, wir werden jetzt die Besten sein, auch Bayern. Aber alle machen es irgendwie anders. Ist das überhaupt gut oder ist das ein Wettbewerb, der am Ende uns in ein verästeltes System bringt des Föderalismus, wo wir am Ende gar nicht mehr wissen, wer welche Schnittstelle hat? Am Ende lösen wir das Problem so nicht. Wir müssen zu einheitlichen Systemen kommen. Oder müssen wir das gar nicht und es ist dann doch der Weg über die föderalen Systeme, den Druck in den Kessel zu bringen, weil jeder der Beste sein möchte?

SVe **Prof. Dr. Ines Mergel**: Ich würde das mal so beantworten: Ich würde Wettbewerb sehr gut finden, und zwar - wir können das an dem Thema Open Data kurz aufziehen. So habe ich es auch in meinem Statement gemacht. Bisher wird Open Data genutzt, um quasi abzuhaken, ja, wir machen Open Government. Also, wir schmeißen alle unsere Datensätze auf diese Plattform und lassen dann die Bürger, die Zivilgesellschaft, damit machen, was sie wollen.

Was viel interessanter wäre, wäre herauszufinden, was passiert, also die Transparenz über die Daten der Performance der Verwaltung herzustellen. Wie gut funktionieren eigentlich die Prozesse in der Verwaltung und kann ich das mit diesen Daten dann auch vergleichen über Städte hinaus, über Bundesländer hinaus usw. und dadurch dann Transparenz und Wettbewerb schaffen. Wir haben im Moment keinen Wettbewerb. Wir haben auch die Transparenz nicht. Wir haben keine Transparenz der Verwaltungsprozesse, obwohl durch den Verwaltungsakt alle gleich sein sollten in allen Städten und allen Bundesländern und der Bürger auch das Recht darauf hat.

Wir wissen aber nicht, wie diese Black Box in der Verwaltung tatsächlich aussieht. Und bei by Design ist das auch so. Wir wollen das auch so. Wir wollen nicht unbedingt als Verwaltungsbeamter, dass uns jeder immer auf die Hände gucken kann. Die Rechtswissenschaftler sagen natürlich, sie machen das alles nach den Gesetzen. Aber es gibt riesengroße Ineffizienzen. In einigen Verwaltungen haben wir 15 Leute, die das machen, in anderen könnten wir das eventuell mit einem machen. Warum orientieren wir uns nicht an diesen guten Wettbewerbsmerkmalen, damit wir versuchen herauszufinden, wo funktioniert es sehr gut, um das dann zu übertragen? So würde ich Wettbewerb auslegen. Ich weiß nicht, ob ich Ihre Frage jetzt beantwortet habe.

SV **Dr. Johannes Ludewig:** Der bayerische Staatssekretär aus dem Ministerium, der CIO unter Söder, der hat auch gesagt: Bayern - wir sind die Besten! Da habe ich ihm gesagt, erinnern Sie sich doch mal an die Flüchtlingskrise. Auch Bayern kann das Beste sein. Auch Bayern braucht länderübergreifende Daten. Bayern kann das nicht alleine. Sonst könnten wir ja ganz andere Lösungen

finden. Aber das wollen wir eigentlich nicht, auch Bayern nicht. Insofern muss man mal davon Abschied nehmen. Wir können dieses Problem in Deutschland nur gemeinsam lösen, Bund und Länder! Deswegen haben wir den verdammten IT-Planungsrat! Aus dem müssen wir was machen. Den müssen wir mit FITKO unterfüttern, damit der überhaupt mal vernünftig arbeiten kann. Das haben wir auch noch nicht mal hingekriegt. Da brauchen wir ein Budget. Wenn Sie diese wenigen Schritte mal machen, dann sind wir einen Quantensprung weiter. Das haben die auch in Bayern irgendwo verstanden, obwohl sie immer behaupten, sie sind immer die Besten und können alles alleine. Wenn Sie die mal unter vier Augen fragen, wissen sie ganz genau, dass sie das nicht alleine können. Deswegen müssen wir da gemeinsam wirklich die Dinge in die Hand nehmen und das ist jetzt die große Herausforderung! Die ist so simpel. Aber den Schritt müssen wir jetzt endlich mal hinkriegen, nachdem wir zwanzig Jahre diskutieren.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. In zehn Minuten ungefähr ist die namentliche Abstimmung. Es blinkt und hupt schon. Das heißt, ich lasse jetzt noch eine Frage zu.

Abg. **Dr. Petra Sitte** (DIE LINKE.): Ich verzichte auf meine Frage. Ich wollte nur einwerfen, dass laut Auskunft im Internet im Bundestag 136 Abgeordnete, die Juristen sind, sein sollen. Das verwundert dann auch nicht. Das sind zu viele! Da wird dann auch genau die Kultur gelebt. Das ist völlig klar.

Der **Vorsitzende**: Dann würde ich das als Schlusswort mal gelten lassen und als gute Aufforderung, dass wir uns verbessern. Das ist natürlich auch schwierig, da etwas zu machen. Im Sinne dieser bevorstehenden Abstimmung muss ich leider die tolle Diskussion abbrechen. Ich darf mich ganz herzlich bei unseren Sachverständigen bedanken für die tollen Ausführungen und für den Input. Das ist ein wertvoller Sachverstand, den wir hier mitnehmen können, in dem Fall leider nur in die nächste Legislaturperiode, weil uns bleibt nur noch eine Sitzungswoche. Da werden wir nicht mehr ganz so viel hinbekommen in diesem Sinne. Aber wir haben das die ganze Zeit begleitet und es wird uns nicht verloren gehen. Herzlichen Dank, dass Sie hier waren, herzlichen Dank, dass die Zuschauer die Debatte verfolgt haben, auch den Livestream verfolgt haben, vielen Dank an die Technik, die das überhaupt möglich gemacht hat. Ich wünsche Ihnen allen einen angenehmen Feierabend und einen guten Nachhauseweg. Die Sitzung ist beendet.

Schluss der Sitzung: 17:22 Uhr

Jens Koeppen, MdB
Vorsitzender